

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 14. Februar 2024

Sperrfrist: 10:30 Uhr

Digitalreport 2024: Deutschland fehlt die Strategie

- **Enormer Nachholbedarf bei Digitalisierung und KI in Deutschland**
- **Bevölkerung überzeugt: Fehlende Strategie der Bundesregierung und unklare Zuständigkeiten Hauptursachen für Rückstand.**
- **Knapp die Hälfte der Bevölkerung macht dafür auch die deutschen Datenschutzbestimmungen verantwortlich: Diese werden in vielen Bereichen als übertrieben eingeschätzt.**
- **Die Ampel-Koalition muss Greentech, KI und die digitale Verwaltung priorisieren und Unternehmen durch Deregulierung entlasten, auch beim Datenschutz.**

Deutschland kommt weiterhin bei der Digitalisierung viel zu langsam voran und die Hoffnungen auf Besserung sind begrenzt: Weder Wirtschaft und Politik noch die Bevölkerung rechnen in den nächsten Jahren mit größeren Fortschritten. Dabei ist die Lage im Bereich digitaler Zukunftstechnologien prekär: 95 Prozent der Führungskräfte sehen Deutschland bei der Digitalisierung im Rückstand. Das ist ein Ergebnis des Digitalreports 2024 des European Center for Digital Competitiveness der ESCP Business School und des Instituts für Demoskopie Allensbach. Der Digitalreport basiert auf einer aktuellen repräsentativen Bevölkerungsumfrage sowie auf Ergebnissen einer Umfrage von rund 500 Top-Führungskräften aus Wirtschaft und Politik; der Digitalreport erscheint 2024 zum fünften Mal.

Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung hält es für zukunftsentscheidend, dass es bei der Digitalisierung rasche Fortschritte gibt (Schaubild 1); 74 Prozent sind auch überzeugt, dass die künftige Entwicklung des Wohlstands von dem Tempo der Digitalisierung abhängt (Schaubild 2). Lediglich 23 Prozent der Bevölkerung erwarten jedoch, dass es in den nächsten Jahren auf diesem Gebiet größere Fortschritte gibt, die Mehrheit rechnet höchstens mit langsamen und begrenzten Fortschritten (Schaubild 3).

Ähnlich kritisch urteilen die befragten Repräsentanten aus Wirtschaft und Politik. Von ihnen sehen nicht nur 95 Prozent einen Rückstand bei der Digitalisierung (Schaubild 4), sondern die große Mehrheit auch bei KI. 74 Prozent sehen hier nicht nur Deutschland, sondern Europa insgesamt im Rückstand (Schaubild 5). Völlig anders fällt die Bilanz im Bereich Greentech aus. Hier sind 70 Prozent überzeugt, dass Europa in diesem Bereich gut aufgestellt ist (Schaubild 6).

Wir brauchen eine Digitalagenda 2026

„Wir sollten uns besonders auf die Bereiche Greentech und KI fokussieren“, sagt Professor Philip Meissner vom European Center for Digital Competitiveness der ESCP Business School. **„Bei Greentech können wir weltweit führend sein, bei KI können wir es uns nicht leisten zu verlieren.“** Außerdem brauche es endlich mehr Geschwindigkeit bei digitalen Basisangeboten wie der digitalen Verwaltung oder der digitalen Infrastruktur. Die Kompetenzen dafür müssten im Bund gebündelt werden, so Meissner: **„Im Bereich GovTech gibt es in Europa schon exzellente digitale Lösungen. Diese können wir schnell und flächendeckend auch in Deutschland nutzen. Wir müssen das Rad nicht neu erfinden.“** Deregulierung solle dazu führen, dass auch Unternehmen bei der digitalen Transformation wieder Geschwindigkeit aufnehmen können. **„Deutschland muss wieder für weltweit führende Lösungen stehen und nicht für die strengsten Vorschriften, insbesondere beim Datenschutz“**, fasst Meissner zusammen.

Bundesregierung in der Verantwortung: Es fehlt eine klare Strategie

Bei der Analyse der Ursachen für den digitalen Rückstand Deutschlands herrscht ein breiter Konsens: **„Strategische Defizite, die Zersplitterung von Zuständigkeiten und unzureichende Investitionen werden als Hauptursachen für den fehlenden Fortschritt benannt“**, sagt Professor Renate Köcher vom Institut für Demoskopie Allensbach. Die Führungskräfte aus Wirtschaft und Politik und die Bevölkerung stimmen bei dieser Einschätzung überein. In der Bevölkerung führen 65 Prozent den Rückstand bei der Digitalisierung auf das Fehlen einer klaren Strategie zurück, 62 Prozent auf die Zersplitterung der Zuständigkeiten auf Bund, Länder und Kommunen und 55 Prozent auf zu geringe Investitionen (Schaubilder 7 und 8).

Die Bevölkerung sieht hier vor allem die Bundesregierung in der Verantwortung: 69 Prozent der Bevölkerung und 76 Prozent der politisch Interessierten sind überzeugt, dass vor allem die Bundesregierung die Digitalisierung forcieren könnte. Mit einigem Abstand folgen Länderregierungen, Wirtschaft und die kommunale Ebene: 46 Prozent sehen die Verantwortung auch bei den Länderregierungen, 39 Prozent bei den Kommunen und 41 Prozent bei der Wirtschaft (Schaubild 9).

Datenschutz wird zunehmend kritisch bewertet

Knapp die Hälfte der Bevölkerung macht auch die relativ strengen deutschen Datenschutzbestimmungen dafür verantwortlich, dass Deutschland bei der Digitalisierung zurückliegt (Schaubild 8). Immer mehr halten die deutschen Datenschutzbestimmungen für überzogen. Vor 5 Jahren waren davon 38 Prozent der Bevölkerung überzeugt, vor 2 Jahren 41 Prozent, aktuell 45 Prozent (Schaubild 10).

Die Bürger und Bürgerinnen haben mit der Sammlung und Auswertung von Daten im Allgemeinen kein Problem, wenn dies einen Nutzen für die Allgemeinheit stiftet. Zwei Drittel der Bevölkerung halten es für gerechtfertigt, Daten zu sammeln, um Behördenangelegenheiten zu vereinfachen, 71 Prozent, wenn der Staat durch die Sammlung von Daten Infrastrukturprojekte besser planen kann. Ebenfalls 71 Prozent unterstützen die Nutzung von Steuerdaten zur Verfolgung von Steuerhinterziehung, 85 Prozent die Auswertung von Telefon- oder Internetdaten, um Straftaten aufzuklären. Auch die Sammlung und Auswertung von Patientendaten für die medizinische Forschung ist aus Sicht von 85 Prozent der Bevölkerung in Ordnung (Schaubild 11).

Wenn Daten für Marketingzwecke, im Kontext von Onlinekäufen oder für die Überprüfung der Kreditwürdigkeit genutzt werden sollen, votiert die Mehrheit für prohibitive Regelungen (Schaubild 12).

Keine Partei überzeugt bei der Digitalisierung

„Das Vertrauen, dass die Politik die Digitalisierung forcieren wird, ist gering. Wie schon in den vergangenen Jahren wird aktuell keiner Partei ausgeprägte Kompetenz für Digitalpolitik zugeschrieben“, sagt Professor Renate Köcher vom Institut für Demoskopie Allensbach. Noch am ehesten genießen hier die Unionsparteien Vertrauen, aber ebenfalls nur bei einer kleinen Minderheit: 15 Prozent sind überzeugt, dass die Unionsparteien das beste Konzept für die Digitalisierung haben, gefolgt von der FDP (8 Prozent) und der SPD (6 Prozent). 62 Prozent schreiben keiner Partei überzeugende Konzepte zu (Schaubild 13).

Über den Digitalreport

Der Digitalreport erscheint jährlich und wird in diesem Jahr zum fünften Mal veröffentlicht. Er wurde vom European Center for Digital Competitiveness an der ESCP Business School Berlin entwickelt. In dessen Auftrag führt das Institut für Demoskopie (IfD) Allensbach eine repräsentative Befragung der Bevölkerung zu dem Stand der Digitalisierung in Deutschland und dem digitalen Kompetenzprofil der Politik durch. Darüber hinaus stützt sich der Report auf Ergebnisse einer Umfrage von rund 500 Spitzenkräften aus Politik und Wirtschaft, darunter Geschäftsführer und Vorstände aus der Wirtschaft sowie führende Politiker wie



**EUROPEAN CENTER FOR
DIGITAL COMPETITIVENESS**

BY ESCP BUSINESS SCHOOL

Minister, Staatssekretäre und Fraktionsspitzen. Die Bevölkerungsumfrage basiert auf insgesamt 1.013 mündlich persönlichen Interviews mit einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung ab 16 Jahre.

Die Interviews wurden im Dezember 2023 durchgeführt. Die Leitung der Studie liegt bei Professor Dr. Renate Köcher vom IfD Allensbach sowie Professor Dr. Philip Meissner und Professor Dr. Klaus Schweinsberg vom European Center for Digital Competitiveness der ESCP Business School.

Weitere Ergebnisse unter:

www.digital-competitiveness.eu/digitalreport.

Pressekontakt

Markus Förderl
Markus.Foederl@glh-online.com
0172 9051869

Jessica Thater
Presseverantwortliche ESCP Business School Berlin
presse@escpeurope.de
0173 4101804

Dr. Markus Küppers
mkueppers@ifd-allensbach.de
07533 805-0

Über das European Center for Digital Competitiveness by ESCP Business School

Das European Center for Digital Competitiveness wurde an der ESCP Business School in Berlin gegründet mit dem expliziten Ziel, das Thema digitale Wettbewerbsfähigkeit stärker in die politische und öffentliche Debatte einzubringen, wo es derzeit nur eine untergeordnete Rolle spielt. Vor dem Hintergrund der digitalen Revolution, in der sich unsere Wirtschaft und Gesellschaft gerade befinden, muss das Thema digitale Wettbewerbsfähigkeit eine größere Rolle spielen, um unseren Wohlstand auch für die Zukunft zu sichern. Ebenso wollen wir in diesem zunehmend dynamischen Umfeld das Vorhaben unterstützen, Europa als globalen Vorreiter für eine verantwortungsvolle Anwendung von Technologie im Dienste der Gesellschaft zu positionieren.

Über die ESCP Business School



**EUROPEAN CENTER FOR
DIGITAL COMPETITIVENESS**

BY ESCP BUSINESS SCHOOL

Die ESCP Business School ist eine internationale Wirtschaftshochschule mit Standorten in 6 europäischen Metropolen - in Berlin, London, Madrid, Paris, Turin und Warschau. Gegründet 1819, ist die ESCP die erste Business School weltweit. Jedes Jahr begrüßt die ESCP mehr als 10.000 Studierende und 6.000 Führungskräfte aus 135 verschiedenen Nationen zu Studien- und Weiterbildungsprogrammen (Bachelor, Master, MBA, Executive MBA, PhD und Executive Education). Sie beschäftigt 200 forschungsaktive ProfessorInnen aus über 33 Ländern an ihren sechs Standorten. Bis heute belegt die Hochschule regelmäßig Spitzenplatzierungen in den Rankings der Financial Times. In Deutschland ist die ESCP Business School Berlin staatlich anerkannt und kann Abschlüsse sowie auch den Dokortitel verleihen. Akademische Schwerpunkte am Berliner Campus sind die Themen Entrepreneurship, Nachhaltigkeit und Digitalisierung sowie Diversität und Inklusion.

Das Institut für Demoskopie Allensbach

Das Institut für Demoskopie Allensbach (IfD Allensbach), häufig auch einfach als "Allensbacher Institut" bezeichnet, gehört heute zu den renommiertesten Adressen für die Umfrageforschung in Deutschland. Als Geschäftsführerin leitet Professor Dr. Renate Köcher das IfD Allensbach. Das Institut befindet sich im Besitz der Stiftung Demoskopie Allensbach.

It all starts here.

Website: www.escp.eu

Folgen Sie uns auch auf X (Twitter): [@ESCP_BS](https://twitter.com/ESCP_BS)

Schaubild 1:

Der überwältigenden Mehrheit ist die Bedeutung von Digitalisierung bewusst ...

Frage: "Was meinen Sie: Wie stark hängt Deutschlands Zukunft davon ab, dass wir bei der Digitalisierung rasch vorankommen? Spielt das für Deutschlands Zukunft eine ..."

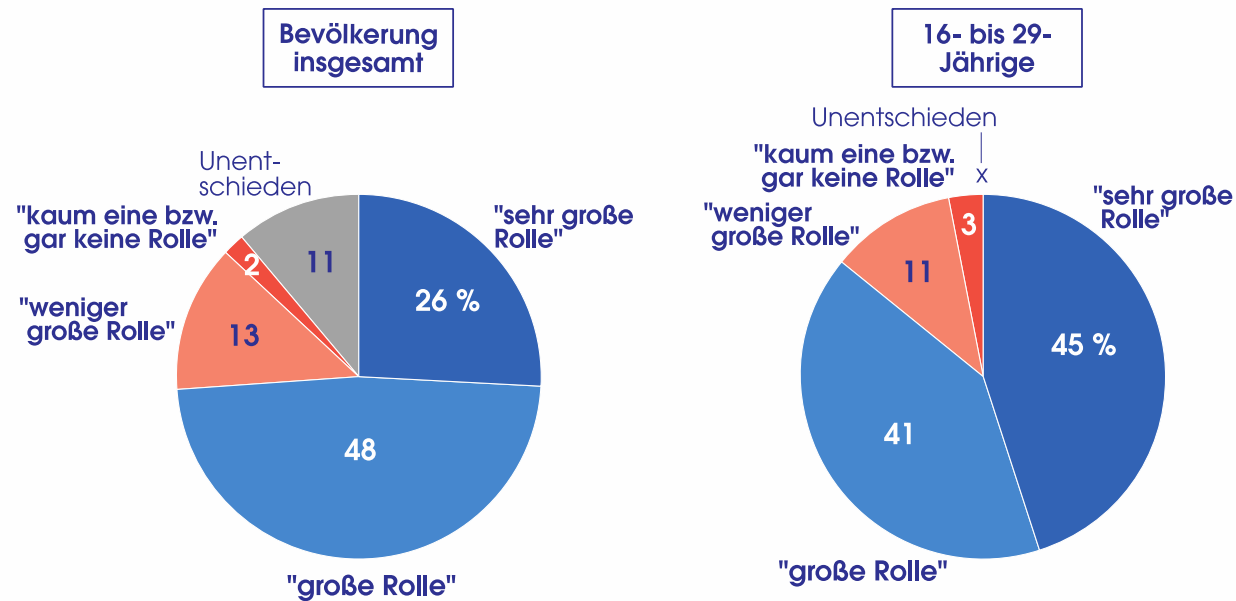
	2022	2023
	%	%
"sehr große Rolle"	31	38
"große Rolle"	46	44
"weniger große Rolle"	10	6
"kaum bzw. gar keine Rolle"	1	2
Unentschieden	12	10
	100	100

■ **Überdurchschnittlich sind die höheren sozialen Schichten überzeugt, dass Fortschritte bei der Digitalisierung zukunftsentscheidend sind**

Schaubild 2:

... auch für den künftigen Wohlstand

Frage: "Was meinen Sie: Wie stark hängt Deutschlands Wohlstand davon ab, dass wir bei der Digitalisierung rasch vorankommen? Spielt das für Deutschlands Wohlstand eine ..."



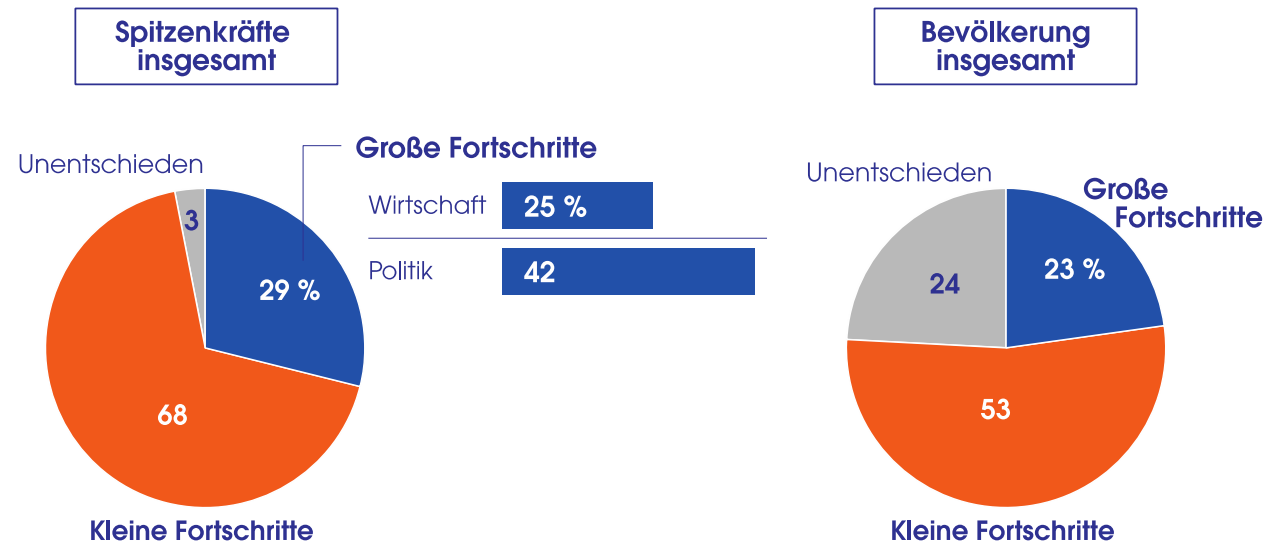
x = weniger als 0,5 Prozent

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12079

Schaubild 3:

Wenig Hoffnung auf rasche Besserung

Frage: "Erwarten Sie, dass es bei der Digitalisierung in Deutschland in den nächsten Jahren große Fortschritte geben wird, oder rechnen Sie nur mit kleinen Fortschritten?"

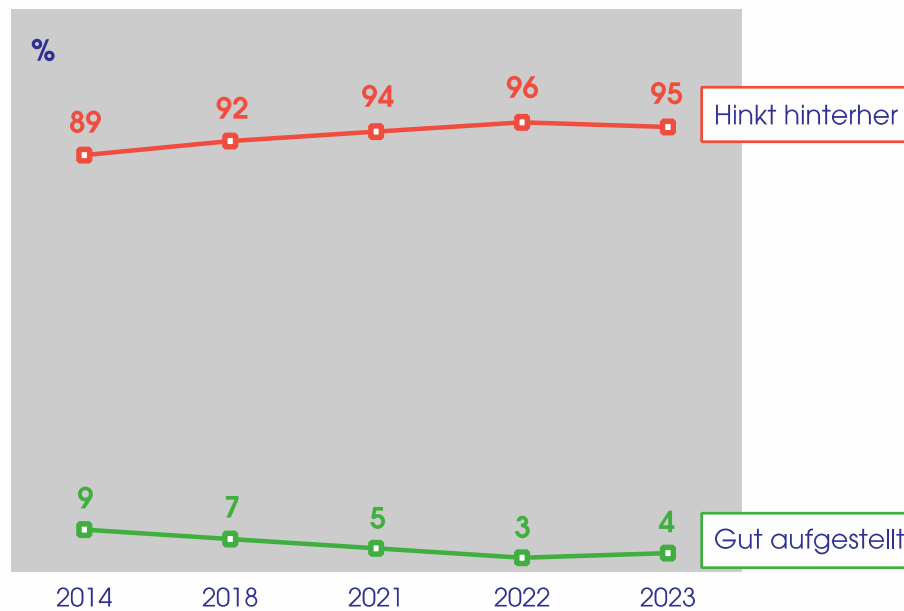


Basis: Bundesrepublik Deutschland, Spitzenkräfte aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung; Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 9242, 12079

Schaubild 4:

Verfestigter Rückstand

Frage: "Wenn Sie einmal an den gegenwärtigen Stand der Digitalisierung in Deutschland denken: Haben Sie den Eindruck, dass Deutschland da alles in allem gut aufgestellt ist, oder hinkt Deutschland in vielen Bereichen hinterher?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Spitzenkräfte aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung
Quelle: CAPITAL-FAZ-Elite-Panel, IfD-Umfragen, zuletzt 9242

Schaubild 5:

Rückstand auch bei KI ...

Frage: "Wie schätzen Sie die Wettbewerbsfähigkeit Europas im Bereich Künstliche Intelligenz ein: Würden Sie sagen, dass Europa da alles in allem gut aufgestellt ist, oder hinkt Europa in diesem Bereich hinterher?"

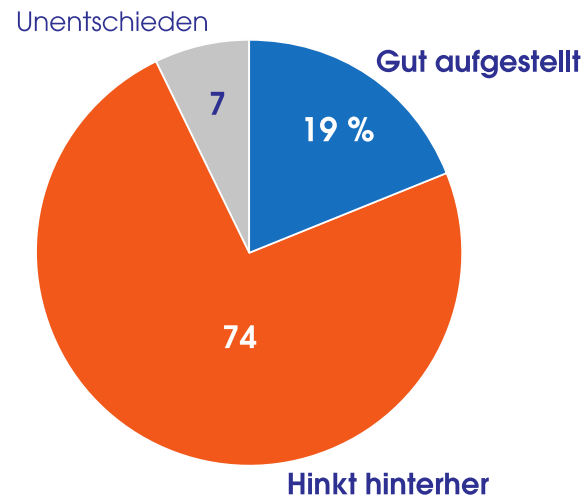


Schaubild 6:

... anders als bei Greentech

Frage: "Wie sehen Sie das für den Bereich Grüne Technologien: Ist Europa im Bereich Grüne Technologien alles in allem gut aufgestellt, oder hinkt Europa im Bereich Grüne Technologien hinterher?"

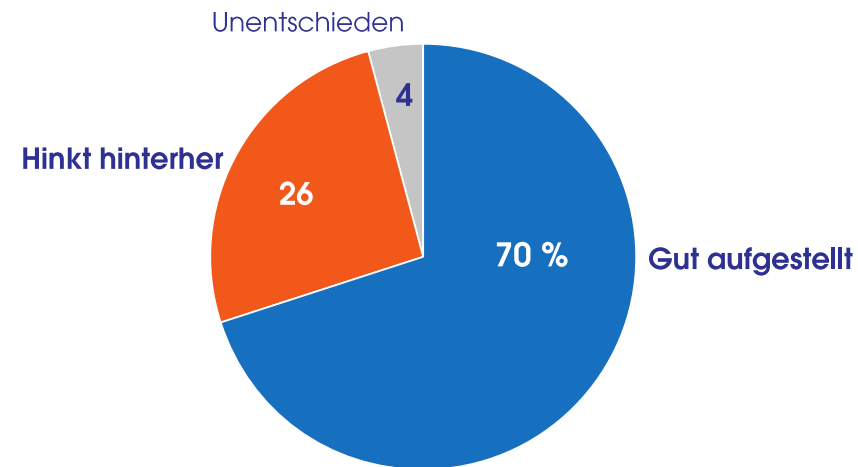


Schaubild 7:

Gründe für den Rückstand: fehlende Strategie, zu wenig Investitionen, unklare Zuständigkeiten

Frage: "Woran liegt es Ihrer Meinung nach vor allem, dass Deutschland bei der Digitalisierung hinterherhinkt: Liegt es an unklaren und zersplitterten Zuständigkeiten, fehlt es an einer klaren Strategie, wird zu wenig in die Digitalisierung investiert, oder woran liegt es sonst?"

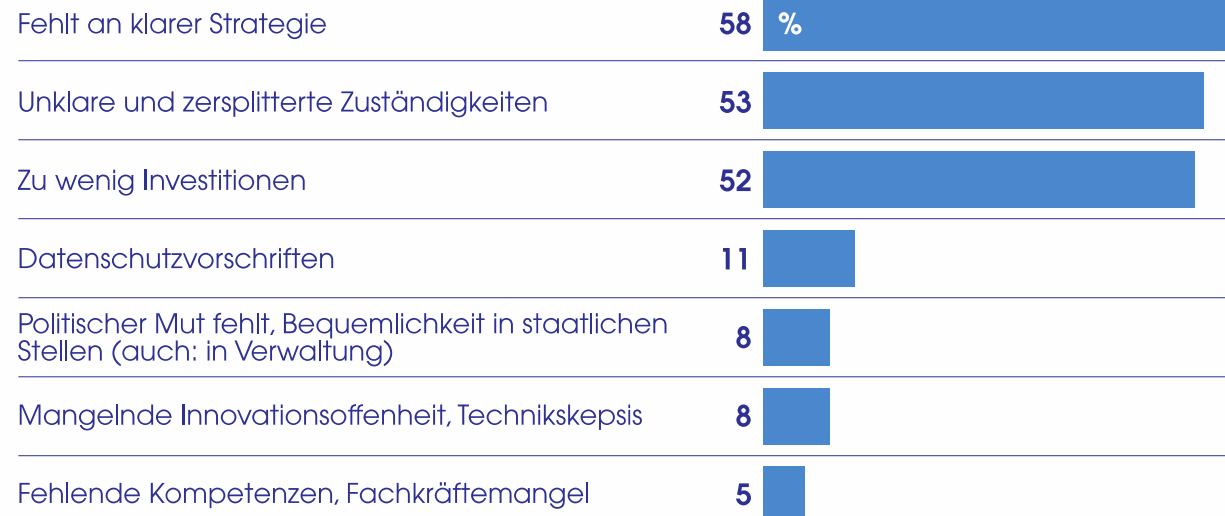


Schaubild 8:

Ursachen für die unbefriedigenden Fortschritte

Frage: "Was meinen Sie: Woran liegt es, dass Deutschland bei der Digitalisierung nicht schneller vorankommt? Was sind da aus Ihrer Sicht die wichtigsten Gründe?"

	Bevölkerung insgesamt %
Es gibt keine klare Strategie für die Digitalisierung	65
Die Aufteilung der Zuständigkeiten auf Bund, Länder und Kommunen	62
Die Politik hat das Thema Digitalisierung zu wenig vorangetrieben	62
Die Zuständigkeiten sind unklar und zu zersplittert	55
Es wird zu wenig in die Digitalisierung investiert	55
Die strengen deutschen Datenschutzrichtlinien	48
Es fehlt in Deutschland an Fachkräften	41
Die Bevölkerung ist skeptisch gegenüber Digitalisierung und Innovationen	36
In der öffentlichen Diskussion werden zu sehr die Risiken betont und zu wenig die Chancen	30
In der öffentlichen Verwaltung gibt es Widerstände gegen die Digitalisierung	26

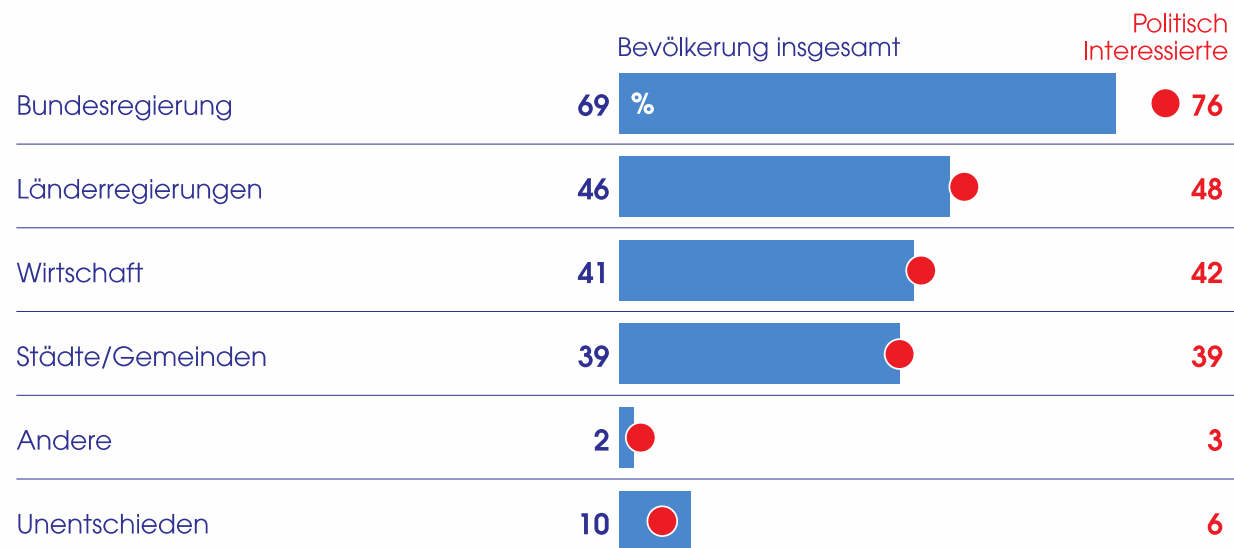
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12079

© IfD-Allensbach

Schaubild 9:

Die Bevölkerung sieht vor allem die Bundesregierung in der Verantwortung

Frage: "Wer kann Ihrer Meinung nach am meisten dafür tun, dass die Digitalisierung in Deutschland Fortschritte macht: die Bundesregierung, die Regierungen der Bundesländer, die Städte und Gemeinden, die Wirtschaft oder wer sonst?"



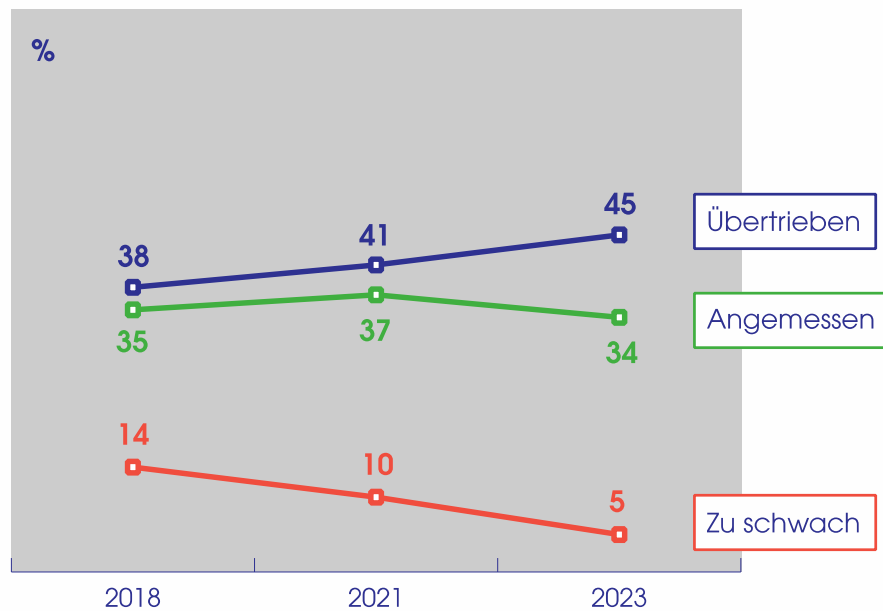
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12079

© IfD-Allensbach

Schaubild 10:

Zunehmend kritischere Bewertung des deutschen Datenschutzes

Frage: "Halten Sie die deutschen Datenschutzbestimmungen alles in allem für übertrieben oder für zu schwach oder für angemessen?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11095, 12033, 12079

© IfD-Allensbach

Schaubild 11:

Wann die Auswertung von Daten gebilligt wird

Frage: "In welchen Fällen finden Sie es in Ordnung, wenn Unternehmen oder der Staat Daten sammeln und auswerten, und in welchen Fällen finden Sie das nicht in Ordnung?"

<i>Da ist das Sammeln und Auswerten von Daten <u>in Ordnung</u>:</i>	Bevölkerung insgesamt	Datenschutzrichtlinien übertrieben
Wenn durch Patientendaten die medizinische Forschung vorankommt	85 %	89
Wenn der Staat Telefon- oder Internetdaten auswertet, um Straftaten aufzuklären	85	85
Wenn Steuerdaten zur Verfolgung von Steuerhinterziehung verwendet werden	71	73
Wenn der Staat dadurch besser planen kann, z.B. bei der Verkehrsinfrastruktur	71	74
Wenn Pharmafirmen die Beiträge in Diskussionsforen im Internet auswerten, um dadurch auf Nebenwirkungen ihrer Medikamente aufmerksam zu werden	66	72
Wenn dadurch Behördenangelegenheiten vereinfacht werden, weil viele Informationen über den Bürger bereits vorliegen	65	70
Wenn Unternehmen die Beiträge in Diskussionsforen im Internet auswerten, um dadurch ihre Produkte zu verbessern	48	51
Wenn Unternehmen ihre Kunden dadurch auf Produkte aufmerksam machen, die in den Interessensbereich der Kunden fallen	43	48
Wenn Banken dadurch leichter prüfen können, wie kreditwürdig jemand ist	34	36
Wenn dadurch Einkäufe im Internet erleichtert werden, weil man z.B. Adresse, Bankverbindung usw. nicht erneut angeben muss	33	35
Wenn Unternehmen Kundendaten verwenden, um Profile zu erstellen und die Bedürfnisse der Kunden besser kennenzulernen	20	21

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12079

© IfD-Allensbach

Schaubild 12:

Wann die Mehrheit Daten geschützt sehen möchte

Frage: "Je nach Zweck kann man es ja in Ordnung oder nicht in Ordnung finden, wenn ein Unternehmen oder der Staat Daten von Kunden oder Bürgern sammelt bzw. auswertet. In welchen Fällen finden Sie es in Ordnung, wenn Unternehmen oder der Staat Daten sammeln und auswerten, und in welchen Fällen finden Sie das nicht in Ordnung?"

Da ist das Sammeln und Auswerten von Daten nicht in Ordnung:

	Bevölkerung insgesamt %	16- bis 29-Jährige %
Wenn Unternehmen Kundendaten verwenden, um Profile zu erstellen und die Bedürfnisse der Kunden besser kennenzulernen	73	76
Wenn dadurch Einkäufe im Internet erleichtert werden, weil man z.B. Adresse, Bankverbindung usw. nicht erneut angeben muss	60	57
Wenn Banken dadurch leichter prüfen können, wie kreditwürdig jemand ist	58	65
Wenn Unternehmen ihre Kunden dadurch auf Produkte aufmerksam machen, die in den Interessensbereich der Kunden fallen	51	50

Schaubild 13:

Keine Partei überzeugt

Frage: "Welche Partei hat Ihrer Meinung nach das überzeugendste Konzept, um die Rahmenbedingungen für den digitalen Wandel mitzugestalten und um die Digitalisierung voranzutreiben: Welcher Partei trauen Sie da am meisten zu?"

	2021 %	2022 %	2023 %
CDU/CSU	7	17	15
SPD	8	6	6
FDP	18	9	8
Den Grünen	6	7	4
Der Linken	1	2	1
AfD	2	1	4
Anderer Partei	2	1	3
Keiner Partei	25	26	30
Unentschieden	33	34	32
	102	103	103